

Projekt „Keiner ohne Abschluss“

Die Schulabbrecherquote und die zu ihrer Bekämpfung kürzlich initiierten Projektklassen „Keiner ohne Abschluss“ waren Anlass einer Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP. Weniger um die Ziele dieses Projektes, als um die Bedeutung, die es im gesamten Spektrum der Bemühungen um mehr Abschlüsse verdient, drehte sich die Debatte im Landtag.

Einig sei sich der Landtag, dass zu- letzt 3076 junge Menschen ohne Abschluss 3076 zu viele seien, sagte **Nicole Morsblich (FDP)**. In Frage gestellt werden müsse aber, „ob die Landesregierung in den ver- gangenen vier Jah- ren überhaupt etwas getan hat, um ge- fährdeten Schülern zu helfen, damit mehr ihren Abschluss machen“. Eine individuelle Förderung, wie sie die Hauptschulen boten, habe durchaus positiv gewirkt, würden nun aber abge- schafft. „Die Hauptschulen waren ein Kernbestandteil des sozialen Lebens in manchen Stadtvierteln“, sagte Mors- blich. Die Landesregierung verkaufe das Programm „Keiner ohne Abschluss“, so, dass es in der Fläche wirke. „Dabei wird es auch nach der Auswei- tung auf fünf Standorte nur drei Pro- zent der Schüler erreichen.“ Die Frage sei, wie es möglich werde, alle Schüler möglichst früh in den Blick zu nehmen. „Hier sehe ich keine Anstrengungen der Landesregierung.“



Er sehe „Keiner ohne Abschluss“, nicht als Patent- rezept an, betonte **Thorsten Werner (SPD)**. „Es ist ein Mosaikstein, eine weitere Möglich- keit“, erläuterte er. Das Land könne es sich nicht leisten, sieben Prozent

Schüler eines Jah- rganges ohne Abschluss aus der Schul- laufbahn zu entlassen, „schon auf- grund der demographischen Entwick- lung“. Die Berufsbildenden Schulen seien genau der richtige Ort für die be- troffenen Schüler, „die Hauptschulen waren keine Alternative mehr, es haben sich ja kaum noch Schüler angemel- det“, erläuterte Werner. Was sich an den Standorten des Programms ab- zeichne, mache Mut. „Das System soll- te aber nicht zu schnell ausgebaut wer-



den, wir müssen erst Erfahrungen sam- meln.“ Die FDP suche mit ihrer Aktu- ellen Stunde für ihn „nach dem Haar in der Suppe“.

Lobenswert findet **Bettina Dickes (CDU)** die Rah- merbedingungen für die teilneh- menden Schüler an dem Programm mit einer Klas- senstärke von 16 Schülern, einer hohen Lehrzu- weisung, Praxis- tagen, mehr Bera- tungen und einer Schwerpunktsetzung im Unterricht bei den Kernkompetenzen. „Nach der Hirnforschung wird die Lust auf Lernen aber im achten bis zehnten Lebensjahr angelegt“, greift das Pro- gramm für Dickes nicht am optimalen Zeitpunkt an. „Die Landesregierung setzt zu spät an und schafft dadurch vor allem ein Prestigeobjekt“, kriti- siert Dickes. Sie stelle sich die Frage, warum an den Berufsbildenden Schu- len nicht die Ganztagsform stärker an- gegangen werde, mit derselben intensi- ven Begleitung wie beim Programm „Keiner ohne Abschluss“. Sie bitte darum, „das lobenswerte Programm auf das gesamte Schulsystem zu über- tragen“.



Im Jahr 2000 seien in Rheinland-Pfalz noch 9,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne zumindest Hauptschul- abschluss von den Schulen gegangen. Dies sei nun noch 6,9 Prozent, betonte **Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD)**. Bundesweit ist vereinbart, dass die Zahlen halbiert werden, da haben wir schon eine gute Wegstrecke zurück- gelegt“, schilderte sie. Offensichtlich hätten eine Reihe Maßnahmen Wirkung gezeigt, „und das stärker als in anderen Bundesländern“. Rheinland-Pfalz gelte im Bund als vorbildlich, gerade was die Frühförderung angehe, hielt die Minis- terin Dickes entgegen. „auch das wird seinen Beitrag zur Senkung der Quote leisten“. Die Berufsbildenden Schulen leisteten einen großen Beitrag dazu, dass der große Teil der 6,9 Prozent doch noch einen Abschluss schaffe. Sie erin- nerte daran, dass auch die Klassenstär- ken der Klassen fünf und sechs in den Realschulen plus reduziert seien. „Und trotzdem gehen wir davon aus, dass es immer noch Schüler geben wird, die es aus persönlichen Gründen nicht zu ei- nem Abschluss schaffen“, sagte Ahnen. Die Landesregierung halte am An- spruch fest, „dass die Allgemeinbild- enden Schulen zu einem Abschluss füh- ren“.

Wirtschaftskontakte in Brasilien vertieft

Rheinland-pfälzische Wirtschaftsdelegation besucht Rio Grande do Norte



Eine Wirtschaftsdelegation aus Rhein- land-Pfalz unter Leitung von Land- tagspräsident Joachim Mertes besuchte den brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Norte (RN). Ziel der Reise waren Evaluierungstreffen mit der Re- gierung sowie die Besichtigung von re-levanten Infrastrukturprojekten und Forschungszentren. Der Besuch erfolgte auf Geheiß der Einladung von RN-Wirt- schaftsminister Francesco Segundo nach einer Reise von Unternehmern und Regierungsvertretern aus RN nach Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr. Das Besuchs- und Gesprächs- programm beinhaltete u.a. die Besichti- gung des neuen Großflughafens Sao Goncalo do Amarante bei Natal. Dier- ser soll rechtzeitig zur Fußball-WM 2014 mit einer Anfangskapazität von 5 Mio. Passagieren und 500.000 Tonnen Luftfracht in Betrieb gehen. Damit ist er vergleichbar mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn. Für die Endphase ist ein Ausbau für 40 Mio. Passagiere und einem der größten Luftfrachttum- schlaghäfen Lateinamerikas vorge- sehen. Der langfristige Erfolg wird je- doch von der infrastrukturellen An- bindung der erfolgreichen Versorgung großer Industriekomplexe in der

Nachbarschaft abhängen. Bei einem weiteren Termin stellte Tourismusminister José Rufino Júnior das Projekt Fußball-WM 2014, bei dem Natal einer der vier Austragungsorte im Nordosten ist, vor. Bei dem Bau des Stadions bestehen gute Möglichkeiten für deutsche Firmen, sich zu beteiligen. Gerade im Bereich Betonbau stellte sich heraus, dass nur in Deutschland die Technologie vorhanden ist, um das Stadionsdach aus Beton zu fertigen. Einzelne der mitgereisten Unternehmer konnten in Detailgesprächen mit Partnern aus RN Beteiligungsmöglichkeiten besprechen. Bei einem Treffen mit dem Präsi- denten des Industrieverbandes von RN Flávio Azevedo, der selbst langjährige Kontakte mit deutschen Partnern hat, wurden Möglichkeiten künftiger Ko- operationen besprochen. Die Unterneh- mer konnten sich über die Möglichkei- ten von Vorhaben in RN informieren, vor allem in den Bereichen Tourismus, Infrastruktur, saubere Energie und Agrodindustrie, wo in den nächsten 10 Jahren umfangreiche Investitionen geplant sind. Bei einem Besuch im Technologie- zentrum für Gas und Erneuerbare

Energien wurden Kooperationsmög- lichkeiten mit rheinland-pfälzischen Firmen ausgelotet. Vereinbart wurde ein Besuch von Vertretern des Techno- logiezentrum bei wissenschaftlichen Institutionen in Rheinland-Pfalz, vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien und Null-Emissionsbauten. Bei einem Besuch des Präsidenten des Bundesstaatsparlaments von RN Robinson Faria wurden Kontakte zwi- schen beiden Landesparlamenten ver- einbart. Die Delegation aus Rheinland- Pfalz hatte die Möglichkeit, an einer gerade stattfindenden Plenarsitzung teilzunehmen. Zudem hatten die Wirt- schaftsvertreter Gelegenheit, Kontakte zu potentiellen Partnern in RN zu knüpfen. „Die mitreisenden Unternehmer zeigten sich beeindruckt von dem Po- tential des kleinen Bundesstaates RN und der Aufgeschlossenheit der Ge- sprächsteilnehmer. Für sie hat sich ge- zeigt, dass es wichtig ist, Kontakte und langfristige Partnerschaften zwischen brasilianischen Bundesstaaten und Ländern in Deutschland auf diesem Wege voranzutreiben und zu pflegen“, so das Fazit von Landtagspräsident Joachim Mertes.

Debatte zur finanziellen Förderung

Angesichts der Position, die die Lan- desregierung in der Debatte um die Pläne der Bundesregierung zur Stär- kung des Stipendiensystems ein- nimmt, beantragte die CDU eine Ak- tuelle Stunde, in der eine grundsätzli- che Diskussion über die geeignete Form der finanziellen Förderung von Studierenden entstand.

Ihre Fraktion wolle deutlich machen, dass sich die Lebenssituationen der Studierenden in Deutschland durch das Stipendienprogramm verbessern werde und die negativen Auswirkungen der Lan- desregierung nicht gerechtfertigt ist“, sagte **Simone Huth-Haage (CDU)**. Das Nationale Programm stelle eine Ergän- zung zum Bafög dar. Bei der Stipendia- tenauswahl sollen neben den Noten auch soziale Aspekte eine Rolle spielen. „Das Programm ist gerecht, weil es Aufstiegschancen schafft und nicht mit dem Bafög verrechnet wird“, betonte Huth-Haage. Nur diese Förderung auf breiter Basis einerseits und die Spit- zenforschung andererseits könne die Zukunft Deutschlands sichern. „Die Stipendienprogramme sind in Deutsch- land bisher schwach aufgestellt, die SPD sollte aufhören, aus ideologischen Gründen dagegen zu schießen“, for- derte die Abgeordnete von den Sozialde- mokraten eine positivere Haltung zum Programm des Bundes.

Es könne keine Rede davon sein, dass ein Landesregierung sich nicht für eine stärkere Förderung von Studierenden einsetzen wolle, sagte **Matthias Krell (SPD)**. Doch „die Vorstellungen über die Ziele gehen auseinander, weil die Bundesregierung Stipendienprogramm gegen Bafög auszuspielen versucht“, kritisierte Krell. Ministerin Schavan habe schließlich schon vor Jahren an- gekündigt, das Bafög ganz abschaffen zu wollen. Das Stipendienprogramm habe einen grundlegenden Fehler: „Die soziale Selektion des Bildungssystem wird verstärkt“, zeigte sich der Abge- ordnete überzeugt. Das System sei zu- dem „ein Verwaltungsmonster“, da die Hochschulen 50 Prozent der Stipen- diensumme selbst einwerben müssten. „Wie sollen sie das leisten?“, fragte Krell. Etwa ein Drittel der Summen gingen durch die Verwaltungskosten

verloren. „Eine deutliche Erhöhung des Bafögs wäre ein wichtiger Schritt“, zeigte er Alternativen auf.

Alle seien sich laut **Werner Kuhn (FDP)** einig, „dass der berufliche Auf- stieg junger Menschen nicht an ihrer finanziellen Lage scheitern darf“. Die Gegner des Stipendiensystems klamm- erten die sozialen Elemente wohl be- wusst aus. „Über 98 Prozent der Stu- dierenden haben derzeit keine Chance auf ein Stipendium, mittelfristig sol- len 70 Prozent ein Stipendium erhal- ten können“, erläuterte Kuhn das Ziel. In Nordrhein-Westfalen sei der Start in das dortige Stipendienpro- gramm mit rund 2000 vergebenen Stipendien erfolgreich verlaufen. „Lassen Sie uns das eine tun und das andere nicht lassen“, empfahl Kuhn. Stipen- diensystem und Bafög nicht als Ge- gensatz zu betrachten. Die SPD solle daher über ihren Schatten springen und das Angebot annehmen, „zusätzli- che Anreize für die Aufnahme eines Studiums zu schaffen“.

Die Landesregierung hat sich laut **Wissensministerin Doris Ahnen (SPD)** schon immer für eine stärkere Förderung der Studierenden eingesetzt, „die letzte Bafög-Erhöhung war auf die Initiative von Rheinland-Pfalz zurück- zuführen“. Das Bafög allerdings „ist und bleibt das ungeliebte Kind der CDU“. Was nun vorliege, „ist vielleicht ein Rückschritt in diese Position“. Sie habe nichts gegen Stipendiensysteme, die Landesregierung habe selbst welche aufgebaut. „Aber darum geht es beim Gesetzentwurf der Bundesregierung gar nicht“, vermutete Ahnen. Die vage Aussicht auf ein Stipendium alleine werde niemandem dazu bringen ein Studium anzustreben. Dieser Geset- zentwurf könnte sogar das Gegenteil be- wirken. Acht Prozent der Studierenden mehr sollten ein Stipendium erhalten können, „in Nordrhein-Westfalen wur- den in zwei Jahren 0,3 Prozent errei- cht“. Dort hege auch die Wirtschaft Zweifel, ob das Zehn-Prozent-Ziel zu schaffen sei und lehne eine Zusammen- arbeit ab. Zudem stelle sich die Frage, ob das Programm zum Bologna-Prozess passe. „Handwerklich schlecht ge- macht“, so das Fazit der Ministerin.

Frauenwelten – Internationale Karikaturen lautet das Thema einer Aus- stellung im Landtag, die am Mitt- woch der vergangenen Woche von Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm eröffnet wurde. Karikaturis- tinnen und Karikaturisten aus aller Welt haben für einen Wettbewerb der EXILE Kulturkoordination in Essen festgehalten, wie Rollenbilder und Lebensentwürfe von Frauen in ver- schiedenen Nationen und Kulturen heute aussehen und welche Alltags- erfahrungen Frauen machen. So kam eine Ausstellung mit humorvollen und liebenswerten Zeichnungen zu- stande, die nachdenklich macht und die Frage aufwirft, warum wir welt- weit nicht schon viel weiter sind mit der gesellschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter. Die Ausstellung entstand in Kooperation mit EXILE- Kulturkoordination e.V. und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Ge- sundheit, Familie und Frauen und ist bis zum 21. Mai 2010 zu sehen. Foto: Klaus Benz



Fraktionen befürworten Projekt Hochmoselübergang

Nach jüngsten, kritischen Äußerungen zum Projekt Hochmoselübergang war es der SPD wichtig, von allen Fraktio- nen noch einmal unterstützende Posi- tionen zu dem Bauvorhaben einzufer- dern. Alle drei Fraktionen bekamen sich erneut zu dem Vorhaben.

Es gebe nur wenig Projekte, gegen die mit solch einem hohen Aufwand, inklusive einer eigenen Homepage, Stimmung gemacht werde, sagte **Jens Guth (SPD)**. Ihn ärgere die „Inszenie- rung aus Berlin“, die unter dem Schlagwort „Rettet den Moselriesling“ das Straßenprojekt zu torpedieren ver- suche. „Da haben einige offenbar zu- viele Moselriesling getrunken“, mut- maelte Guth. Der Versuch der Grünen, mit dieser Kampagne „ein paar Punte- te zu machen“, sei „schäbig“. Das Pro- jekt Hochmoselübergang dürfe man nicht isoliert betrachten, „es hängt mit der Entwicklung der gesamten Region zusammen“. Das Moseltal werde durch den Übergang verkehrlich ent- lastet, dies sei ein wichtiger Aspekt für das Gebiet. „Wir wollen wissen, ob die anderen Fraktionen auch noch zu die- sem Projekt stehen“, begründete Guth die Aktuelle Stunde.

Auf die Frage der SPD gebe es eine

einfache Antwort seiner Fraktion, sagte **Alexander Licht (CDU)**. „Die Christdemokraten standen und stehen zu diesem Projekt.“ Dies sei in allen Debatten der vergangenen Jahre immer so gesagt worden. Auch die Organi- sation wie IHK und Handwerks- kammer sowie die Weinwirtschaft un- terstützten den Bau der Brücke. „Ärger- lich ist es, dass die Gegner des Pro- jekts Lügen verbreiten, wie dass der Bau ohne die Weltwirtschaftskrise längst stillgelegt worden wäre“, sagte Licht. Wenn Weinexperten suggerier- ten, dass Schattenwürfe der Brücke die gesamte Mosel als Anbaugelbiet in Misskredit bringe, „ist das völlig an den Haaren herbeigezogen“. Die Region „stand, steht und wird auch morgen hinter dem Projekt stehen“, zeigte sich der CDU-Abgeordnete überzeugt.

Seine eigene 60-jährige Familie sei von dem Bauprojekt betroffen, „und ich gehe davon aus, positiv betroffen“, sagte **Günter Eymael (FDP)**. In seiner Heimatgemeinde seien die politischen Kräfte geschlossen für den Brücken- bau, „weil man die Vorteile erkannt hat“. Die schlechte Infrastruktur habe nicht unerheblich dazu beigetragen, dass die Moselregion sich teilweise

stark gelehrt habe. Diesen Trend könne das Projekt stoppen. „Auch im Tourismus werden neue Arbeitsplätze entstehen – alles hängt nur davon ab, wie man diese Brücke nutzt“, zeigte sich Eymael überzeugt.

Er stelle fest, dass der Landtag geschlossen hinter dem wichtigen Infra- strukturprojekt stehe. hob **Wirt- schaftsminister Hendrik Hering (SPD)** erfreut hervor. „Wir werden die Brücke mit einem gewissen Stolz, im Jahre 2016 übergeben“, zeigte der Minis- ter sich überzeugt. Sie werde „das Mosel- tal touristisch weiter bringen und nicht schädigen, wie manche behaupten“. Im Planungsverlauf seien 65 Gut- achten, zumeist zu Umweltschäden, er- stellt worden, für 35 Millionen Euro seien Ausgleichsmaßnahmen geschaf- fen worden. „Daher kann niemand be- haupten, wir kümmern uns nicht um Naturbelange, uns braucht niemand zu belehren“, wies Hering die Kritiker in die Schranken. Die Herausforderung sei der Einwohnerverlust in der Mosel- region. „Eine halbe Stunde weniger Fahrtzeit zum Arbeitsplatz ist ein Kri- terium, damit in Zukunft mancher an der Mosel wohnen bleibt, aber auch für die Gewerbesiedlung.“

Fortsetzung nächste Woche